

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Arbeitslohn mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachstehend 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einlieferung monatlich 4.50 M., durch andere Zusteller im Voraus in der Stadt monatlich 5 M., auf dem Lande 5.25 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.25 M., mit Zustellungsgebühr. Alle Postausgaben und Gebühren sowie unsere Zusteller und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Telefonpreis 1.20 M. für die 6-stellige Rufnummer oder deren Namen, Rufnamen, die 2-stellige Rufnummer 2.50 M. Bei Wiederholung und Fortsetzung entrichtet der Besteller die Gebühren im vollen Maße für den Teil der Fortsetzung. Die Zahlungen sind vierteljährlich 30 Pfg. im Voraus zu leisten. Jeder Abonnent ist verpflichtet, wenn der Betrag durch Nachzahlung eingezogen werden muß, über den Rufnummer in Kenntnis zu setzen.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inzeratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 152.

Sonnabend den 2. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Die nachstehende Bekanntmachung der Reichsregierung wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Die Polizeibehörden erhalten Anweisung, für die sofortige Durchführung der Anordnung der Reichsregierung über die Auflösung der Organisation Eisgericht Sorge zu tragen.

Dresden, am 29. Juni 1921.

Ministerium des Innern.
Lipinski.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Durchführung der Artikel 177/178 des Friedensvertrags vom 22. März 1921 werden in Verfolg der Annahme des Ultimatums der Alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 hiermit die Organisationen Eisgericht innerhalb des Deutschen Reichs für aufgelöst erklärt.

Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Festung bis zu gleicher Dauer bestraft.

Berlin, den 24. Juni 1921.

Die Reichsregierung.
Dr. Wirth.

Der praktische Tierarzt

Robert Willy Mehlhorn in Meissen r., Bismarckstraße 20 I,

ist gemäß § 12 Abs. 2 der Verordnung vom 7. 4. 1912 (G. u. VBl. S. 56) als weiteerer Stellvertreter des Bezirksleiterarztes in Meissen verpflichtet worden.

Meissen, am 20. Juni 1921. 623d.V.(1) Die Amtshauptmannschaft.

Nachstehend wird der 2. Nachtrag zur Ordnung für das Einigungsamt der Stadt Wilsdruff zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Wilsdruff, am 30. Juni 1921.

Der Stadtrat.

2. Nachtrag

zur Ordnung für das Einigungsamt der Stadt Wilsdruff vom 29. März 1919.

§ 2, Ab'ag 1 erhält folgende Fassung:

Das Einigungsamt entscheidet in der Befugnis von einem Vorsitzenden und von vier Beisitzern, von denen je die Hälfte dem Kreis der Hausbesitzer und der Mieter angehören muß. In allen Sachen, die die Beschlagnahme von Räumen in landwirtschaftlichen Betrieben betreffen, müssen die Beisitzer, die aus den Kreisen der Hausbesitzer gewählt sind, Leiter eines landwirtschaftlichen Betriebes sein.

Für den Vorsitzenden wird ein, für die Beisitzer werden drei Stellvertreter, je einer aus dem Kreis der Hausbesitzer, der Landwirtschaft und der Mieter bestellt.

Wilsdruff, am 2. Juni 1921.

Der Stadtrat.

(S.) (geg.) Dr. Kronfeld,
Bürgermeister.

Die Stadtverordneten.

(S.) (geg.) Oberl. Kantor Hinzsch,
Vorsteher.

Kohlenverföorgung.

Obersachsen nicht genügt ist, sollen die Händler versuchen, soweit es möglich ist, die Kohlenbezugschein für Kleinverbraucher Betriebe vorzubereiten. — Kleinverbraucher Betriebe, die hiervon Gebrauch machen wollen, haben sich bis zum 9. Juli dieses Jahres hier zu melden.

Wilsdruff, am 1. Juli 1921.

Die Dreiskohlenstelle.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Bei den Verhandlungen mit dem Garantiesomitee wurde festgestellt, daß Deutschland außer der bis zum 31. August zu leistenden eine Million Goldmark bis zum 1. Mai 1922 nur noch 300 Millionen Goldmark an die Entente zu zahlen habe. Die übrigen Summen sollen durch Sachleistungen und Ausfuhrabgabe abgegolten werden.

* Der bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kahr hat eine Parteiverföorgung an den Landesverband der aufgelösten Einwohnervereine gerichtet.

* Das Verfahren gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger wegen der Anschuldigung des Meineides wurde als nicht begründet eingestellt.

* Die Engländer haben sich der Polizeigewalt in Konstantinopel bemächtigt wegen einer angeblichen von Rodas geleiteten Verschwörung gegen die Alliierten.

* Die Griechen haben auf ihrem Rückzug Jamb getötet, wodurch den Kemalisten der Weg auf Konstantinopel frei ist.

* In Washington hat man die Zusage, daß Präsident Harding noch zum Wochenschluss den Friedensschluss mit Deutschland unterzeichnen wird.

* Dr. David Janne Hill, der früher amerikanischer Botschafter in Berlin war, soll erneut mit diesem Posten betraut werden.

Die Herrschaft des Dollars.

Wenn man beim Kriegsbeginn in England glaubte, daß die Teilnahme an dem großen europäischen Waffengange keinen merklichen Einfluß auf den Stand der englischen Geschäfte und Finanzen ausüben würde, so zeigte sich sehr bald, daß diese Rechnung verfehlt war. Und je länger der Krieg andauerte, um so härter wurden auch angesichts der zunehmenden Verschuldung der Ententemächte an Amerika die Sorgen der englischen Geschäfts- und Finanzleute wegen der zu erwartenden wirtschaftlichen Schwürungen durch den Krieg. Gerade, weil England den Krieg von vornherein rein unter dem Gesichtspunkte der Verfechtung eines lästigen Konkurrenten betrachtet hatte, mußte die unerwartete Wirkung um so peinlicher sein, daß nicht das Pfund Sterling, sondern, wie man schon frühzeitig erkannte, zuletzt der Dollar als Sieger aus dem großen Kriege hervorgehen würde. Bis zu welchem Maße sich diese Vorherrschafft Amerikas in wirtschaftlicher und damit auch in politischer Hinsicht auswirken würde, haben jedoch erst die Nachwirkungen des Krieges erkennen lassen. Das ist allerdings zum Teil auf die weitgehende Verblendung zurückzuführen, in der die europäischen Ententemächte aus dem Frieden von Versailles nur eine Reihe von Augenblickserfolgen herzuholen bemüht waren, so daß sie sich jetzt durch die Macht der Tatsachen zu Schritten gezwungen sehen, die keine noch so einfache und vernünftige Überlegung auch aus ihren eigenen Reihen heraus bei ihnen jemals zuwege bringen konnte.

Die Wegenzung der deutschen Devisen- überweisungen auf Grund der Reparationsverpflichtungen auf vorläufig 300 Millionen Goldmark ist ein ebenso schlagender wie wahrscheinlich auch für die Gegenseite überaus beweisend dafür, wie falsch und übertrieben die bisherigen Rechnungen gewesen sind. Schon vor kurzem wurde die Vereinbarung getroffen, daß die deutschen Zahlungen nicht wie anfangs nur in Dollar geleistet werden dürfen, weil man erkannte, daß dadurch der Kurs der englischen und französischen Währungen rapide herab-

gedrückt wurde. Man bekam jetzt am eigenen Leibe die Wirkungen der Valutadifferenzen zu spüren, die man niemals anerkennen wollte, solange nur die Mittelmächte darunter zu leiden hatten. Es hat sich jedoch gezeigt, daß diese vorläufige Maßnahme nicht ausreichte, um die drohende bedenkliche Krise auf dem finanziellen Weltmarkt hinauszubalancieren, denn das bisherige System der Zahlungen ließ, obwohl es erst eine Reihe von Wochen besteht, bereits erkennen, daß damit ein Tiefstand der Markt herbeigeföhrt wurde, der letzten Endes die deutsche Zahlungsfähigkeit auf ein Minimum eingeschränkt, wenn nicht gar völlig unterbunden hätte. Man hielt es also schließlich für notwendig, dieser verderblichen Entwicklung Einhalt zu gebieten, nicht zuletzt auch deshalb, um im Interesse der englischen und französischen Finanzen ein weiteres übermächtiges Anwachsen der Kaufkraft des Dollars zu verhindern.

Die gleiche Erscheinung, die bei den Ententemächten, und übrigens auch — wenn auch aus ganz entgegenge- setzten Gründen — in Amerika selbst, so lebhaft Beforgnis hervorrief, hat jedoch noch eine ganz andere Bedeutung, die für Deutschland nicht weniger wichtig ist. Amerika hat sich durch die Teilnahme am Kriege so gut wie gar nicht geschwächt. Wirtschaftlich hat es sogar einen Höchststand erreicht, der die Gefahr des Erstehens im eigenen Überflut näher bringt, als die des Verhungerns. Die Vereinigten Staaten sind augenblicklich die einzige wirtschaftliche Weltmacht, die keinerlei Konkurrenz zu scheuen hat. Der einzige große Weltkonkurrent, der sich mit ihnen vergleichen kann, ist das englische Kolonialreich. Für dieses liegen aber doch noch andere wesentlich abweichende Lebensbedingungen vor, die schon vor dem Kriege für die englische Politik ausschlaggebend waren. Beide Staaten- gebilde sind in Bezug auf ihre Rohstoffquellen durchaus selbständig und brauchen beide kaufkräftige Abnehmer. Als solcher kommt für beide nach wie vor in erster Linie Deutschland in Frage. Nur ist dabei der Unterschied zu berücksichtigen, daß England, wie sich schon bei der Verhandlung des schwierigen Problems der deutschen Exportabgaben erkennen ließ, in Deutschland eben nicht nur den guten Kunden, sondern zugleich den gefährlichen wieder- aufstrebenden Konkurrenten erblickt. Es ist die ebenso unbegründete wie unausrottbar europäische Angst vor Deutschland, die sich in Frankreich auf militärische Gesichtspunkte, in England auf wirtschaftliche Überlegungen gründet, und die uns zu unseren europäischen Nachbarn in ein ganz anderes Verhältnis als zu Amerika, der von Befürchtungen solcher Art vollständig freien Großmacht, stellt.

Diese tatsächliche Lage muß für die deutsche Industrie und den deutschen Handel ebensowohl wie für die von der deutschen Regierung befolgte Wirtschaftspolitik maßgebend sein, wenn es sich darum handelt, die Wege einer künftigen wirtschaftlichen Ausbreitung Deutschlands zu suchen. Es sind seit längerer Zeit Mitteilungen verbreitet worden, daß als Vorläufer künftiger, zurzeit aber noch nicht durchführbarer offizieller Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und anderen Staaten bereits von privaten Unternehmungen erfolgreiche Verhandlungen mit ausländischen Konzernen geführt werden. Anfangs bewegten sich diese größtenteils in den Bahnen der sogenannten Kontinentalpolitik, nahmen aber eben so früh besonders das warenhungrige Rußland als Ziel ins Auge. Neuerdings wird davon gesprochen, daß ebenfalls auf privatem Wege eine englisch-deutsche Gemeinschaft angestrebt wird, die wiederum als Objekt ihrer kaufmännischen Pläne Rußland in Aussicht genommen hat. So wenig

man verkennen soll, daß augenblicklich jede irgendwie geartete wirtschaftliche Wiederanknüpfung mit dem Auslande als Vorbereitung künftiger politischer Ausgleichsmöglichkeiten zu begrüßen ist, ebensowenig darf außer acht gelassen werden, daß England als Teilhaber in einem solchen Geschäft doch mit großen Vorbehalten betradtet werden muß. Die einzige Möglichkeit, die Gefahren eines englisch-deutschen Zusammenarbeitens einigermaßen auszuhalten, besteht darin, daß von unserer Seite aus, besonders wenn die wirtschaftlichen Bestrebungen sich auf Rußland richten, eine Annäherung an Amerika gesucht wird. Ein englisch-amerikanischer Konflikt aus diesem Grunde ist um so weniger zu erwarten, als die beiden angellschischen Staaten schon mit Rücksicht auf Japan seit längerer Zeit ihre Politik unter gemeinsamen Gesichtspunkten orientiert haben.

Die Vorherrschafft des Dollars, die von den Ententemächten mit Rücksicht auf die englisch-französischen Verbindungen an Amerika so peinlich empfunden wird, kommt für uns im Falle einer deutsch-amerikanisch-russischen Wirtschaftsverbündung nicht als Passivum, sondern eher als Aktivum in Frage, und es wird daher die Aufgabe jeder privaten und ebenso der offiziellen deutschen Wirtschaftspolitik sein, den künftigen Wiederaufbau der deutschen Weltwirtschaft unter harter Berücksichtigung Amerikas in Angriff zu nehmen. Wenn sich die Weltungen beschäftigen, nach denen binnen wenigen Tagen ein Beschluß des amerikanischen Kongresses zu erwarten ist, durch den auch formal endlich der Friedenszustand zwischen Amerika und Deutschland wieder hergestellt wird, so kann man daran wohl die Hoffnung knüpfen, daß dann einer solchen wirtschaftlichen Entwicklung noch weiter die Wege geebnet werden.

Kein Verfahren gegen Erzberger.

„Der Verdacht der Eidesverletzung unbegründet.“

Berlin, 30. Juni.

Die zuständigen Justizbehörden haben es abgelehnt, gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger wegen der Anschuldigung der Eidesverletzung vorzugehen. Auf übereinstimmenden Antrag des Generalstaatsanwalts und der Justizräte Loewenstein und Dr. Berthauer hat die 10. Strafkammer des Berliner Landgerichts I beschlossen, den Abg. Erzberger wegen der Beschuldigung des Meineides, den er in der Vernehmung beim Helfferich-Prozess geleistet haben sollte, mangels Beweises auf Kosten der Staatskasse außer Verfolgung zu setzen. In dem Antrag des Generalstaatsanwalts und der Verteidiger ist dargelegt, daß die Urteilsfeststellung im Helfferich-Prozess, soweit sie Erzberger absichtliche Verletzung seiner Eidespflicht in diesem Prozess vorwirft, keine Stütze gefunden habe, teilweise sogar widerlegt worden ist. Auch die seitens des Staatssekretärs a. D. Helfferich gelegentlich seiner Vernehmung als Zeuge angeführten Punkte, in denen Helfferich eine Verletzung der Eidespflicht durch Erzberger finden zu können glaubte, sind seitens der Staatsanwaltschaft und des Gerichts geprüft und für unbegründet erklärt worden.

Rechtfertigung auch im Zentrum.

Der Reichsausschuß der Deutschen Zentrumspartei trat zufällig gestern im Reichstage zusammen. Reichskanzler Wirth gab einen Überblick über die gesamte innen- und außenpolitische Lage, wobei er besonders auf Obersachsen